UOKG

UNION DER OPFERVERBÄNDE KOMMUNISTISCHER GEWALTHERRSCHAFT e.V.

NEWSLETTER 2 / 2023

© Alesch Mühlbauer/UOKG

Wir haben viel erreicht

Liebe Leserinnen und Leser, liebe Freunde, ein ereignisreiches Jahr neigt sich so langsam dem Ende zu. Einiges haben wir erreichen können und vieles ist noch zu tun. Es ist uns in den letzten Monaten gelungen, drei Verfassungsgerichtsurteile zu Gunsten von Opfern der SED-Diktatur zu erstreiten. Nun warten wir auf die nächste Novellierung der SED-Unrechtsbereinigungsgesetze, mit denen wir weitere Verbesserungen für die Opfer erreichen wollen. Die Regierungskoalition hat diese Novellierung in ihren Koalitionsvertrag aufgenommen, aber für die Regierung sind viele Dinge zu tun und nicht immer stehen wir an erster Stelle. Dennoch bin ich guten Mutes, das wir bis Mitte nächsten Jahres weitere Verbesserungen erreichen können. Ich bedanke mich für Ihr Engagement. Bleiben Sie gesund und aufrecht

Ihr Dieter Dombrowski

„Verronnene Zeit" – 2. Bundesfrauenkongress in Halle

Zum zweiten Mal nach dem Auftakt in Hoheneck/Stollberg trafen sich die politisch verfolgten Frauen der SBZ/SED-Diktatur, diesmal am ersten Oktoberwochenende in Halle. Dort konnten die 120 Teilnehmerinnen und Teilnehmer nicht nur die Gedenkstätte Roter Ochse besichtigen, sondern hatten mit dem Waisenhaus der Franckeschen Stiftungen einen Saal aus dem Jahr 1700 zur Verfügung – und kleinere Zimmer, um in den Kongress-Pausen zusammenzusitzen und sich auszutauschen. Gerade diesen Austausch will Konstanze Helber, die Vorsitzende des Forums politisch verfolgter und inhaftierter Frauen, fördern. UOKG-Mitarbeiterin Sandra Czech hatte dafür Betroffene und Forschende zur DDR-Geschichte oder zu Traumafolgestörungen zusammengebracht.

Dreißig Jahre nach dem Mauerfall wird das Problem, dass Richter an Sozialgerichten oder Mitarbeitende in Behörden zu wenig über die Formen der Repression in der DDR wissen, eher größer. Daher ist es so wichtig, Geschädigte mit Gedenkstättenleitungen sowie Vertreterinnen und Vertretern aus Psychologie und Geschichtswissenschaft zu vernetzen.

weiter auf Seite 2

© Alesch Mühlbauer/UOKG

Ein Blick in den Saal der Franckeschen Stiftungen zu Halle

Zeitzeuginnen-Podium mit Irmgard Sinner (m.), Kerstin Seifert (l.) und Anne Hahn (r.)

Es macht auch Freude – wenngleich das Wort fehl am Platze scheint angesichts beispielsweise des Vortrags von Stefanie Falkenberg über die Jugendstrafanstalt Hohenleuben. Sie berichtete von einer 19jährigen, deren Gastritis als Täuschungsmanöver abgetan, die immer wieder zur Arbeit gezwungen wurde. Trotz Zwangsernährung wog die junge Frau bei ihrer Entlassung nur noch 42 Kilogramm.

„Aber sie haben es überlebt, sie sind ja alle hier“, mit diesen Worten betonte Heide Glaesmer, Psychologin an der Universitätsklinik Leipzig, dass man aus überstandenen Strapazen auch persönliche Kraft schöpfen kann. Ihr Vortrag zum Thema „Resilienz“ drehte sich zum Abschluss des Kongresssamstags um die Frage, wie aus der Opfer-Situation der Vergangenheit Handlungsspielräume für die Gegenwart gewonnen werden. Glaesmer forderte die Kongressteilnehmerinnen auf, sich den eigenen Ängsten zu stellen und als Zeitzeugin Rechenschaft abzulegen. Der ehemaligen Inhaftierten in Hohenleuben, Kerstin Seifert, war es diesmal gelungen: Bereits 2021 hatte sie an dem 1. Kongress in Stollberg teilgenommen, aber noch nicht zum Mikrofon gegriffen. Jetzt berichtete sie unter Tränen, wie eine Mitgefangene für sie eingetreten und daraufhin zusammengeschlagen worden war.

Kerstin Seifert wurde von ihrem Sohn begleitet, auch andere Teilnehmerinnen brachten Kinder oder Enkel mit. Diese nächste Generation bei einem kommenden Kongress in den Mittelpunkt zu stellen, regte der UOKG-Vorsitzende Dieter Dombrowski in seinem Schlusswort an. Denkbar wäre auch eine engere Zusammenarbeit mit Schulen, so wie dies dem Frauenforum anlässlich der Gedenkveranstaltung „70 Jahre Hungerstreik Hoheneck“ gelungen ist: Dort stellten Schülernnen und Schüler eines Stollberger Gymnasiums der über 90jährigen Annemarie Krause ihre Fragen. Die UOKG ist jedenfalls fest entschlossen, die gelungene Veranstaltung im Zweijahres-Takt fortzuführen. Für 2025 kämen Gera oder Cottbus als Veranstaltungsorte infrage.

Elske Brault

Das Podium am ersten Abend: Heike Brehmer MdB, Linda Teuteberg MdB, Birgit Neumann-Becker, Konstanze Helber und Evelyn Zupke (v.l.n.r.)

Jugendhäuser in der DDR. Geschichte. Insassen. Folgen.

© Lucas Hütter/UOKG

Kongress der UOKG am 14. Oktober 2023 im Augustinerkloster zu Erfurt

Diktaturen sind ausgesprochen kreativ, wenn es darum geht, für Repressionseinrichtungen wohlklingende Namen zu erfinden. Für die Jugendhäuser in der DDR trifft das unumschränkt zu. Im Westen Deutschlands versteht man seit Beginn der 1950er Jahre unter Jugendhäusern Freizeiteinrichtungen für Jugendliche bzw. Angebote der Sozialarbeit. Ähnliches konnte man auch für die Jugendhäuser in der DDR vermuten. Tatsächlich aber waren Jugendhäuser der DDR Strafvollzugseinrichtungen, deren Alltag mit dem Geschlossenen Jugendwerkhof Torgau vergleichbar war. Die Folgen für die Insassen beiderlei Geschlechts waren ähnlich. Die ehemaligen Insassen benötigen in vielen Fällen bis heute psychosoziale Hilfestellungen.

Dies belegen erste Forschungsarbeiten von Stefanie Falkenberg über Hohenleuben, Manfred Buchta über Dessau und Udo Grashoff über Halle/Saale („Frohe Zukunft“). Elisabeth Kohlhaas berichtete über das Jugendhaus, das es neben dem Jugendwerkhof ebenfalls in Torgau gab. Die Informationen wurden bestätigt von zwei Zeitzeuginnen und Zeitzeugen, die deutlich machten, wie wenig selbst Fachleute bis heute über diese Einrichtungen zusammengetragen haben. Festhalten kann man das ausgesprochen hohe Level an Gewalt in diesen Einrichtungen, die sowohl vom Personal ausging als auch von den Insassen. Die Zusammensetzung des Kongress-Publikums unterstreicht diese Beobachtungen. Fast die Hälfte der Besucher kamen aus einer Einrichtung, die sich professionell mit der Aufarbeitung repressiver Einrichtungen in der DDR befassen, die andren waren ehemalige Insassen.

Insgesamt wurde deutlich, dass wir in der Aufklärung noch komplett am Anfang stehen. So ist es bisher nicht einmal gelungen, die selbst für die DDR als chaotisch zu bezeichnenden Einrichtungen, Umbenennungen und Auflösungen dieser Jugendhäuser seit 1952 einigermaßen vollständig zu erfassen. Immer wieder wurde betont, dass in diesem Feld dringend Forschungsprojekte in Gang gesetzt werden müssen, die adäquate Hilfestellungen ermöglichen, aber auch unser Wissen über diese Diktatur vervollständigen. Unterstrichen wird diese Erkenntnis von der Juristin der UOKG, Martina Kegel, die von den immer noch weit verbreiteten Missverständnissen bei Behörden und Gerichten sprach, die Hilfestellungen erschweren oder unmöglich machen. Sicher sind die Projekte, das ehemalige Jugendhaus Hohenleuben als DENKOrt zu kennzeichnen und in Torgau einen Teil des Museums für das Jugendhaus zu reservieren, gute Anfänge.

In Erinnerung gerufen wurde durch eine Aufführung der Film „Verriegelte Zeit“ von Sibylle Schönemann, der übrigens für Schulklassen bestens geeignet ist.

Die Ergebnisse der Veranstaltung, die stattfand in Kooperation mit der Thüringer Staatskanzlei und gefördert von der Stiftung Aufarbeitung, wird die UOKG im November auf ihrem YouTube-Kanal und in Schriftform veröffentlichen.

Christian Sachse

© Lucas Hütter/UOKG

Gedenken an die Opfer des 17. Juni in der Gedenkstätte Hohenschönhausen

© Alesch Mühlbauer/UOKG

Gemeinsam mit der Kulturstaatsministerin Claudia Roth und dem Berliner Kultursenator Joe Chialo gedachten Mitglieder der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft der Opfer des Volksaufstandes. Rund eine Million Menschen demonstrierten am 17. Juni 1953 in der ganzen DDR gegen das SED-Regime. Sie brachten ihre Unzufriedenheit über die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse zum Ausdruck und verlangten bessere Lebensbedingungen, die Freilassung politischer Häftlinge, freie Wahlen und die Einheit Deutschlands. Mit Hilfe sowjetischer Panzer schlug das SED-Regime die Demonstrationen blutig nieder. Allein in Hohenschönhausen wurden im Zusammenhang mit dem Volksaufstand fast 400 Menschen inhaftiert.

Antje Zumdick

75. Jahrestag der Schließung des NKWD-Lagers Fünfeichen

© AG Fünfeichen

Rund 400 Gäste waren zur Gedenkfeier des 75. Jahrestags nach Fünfeichen gekommen, darunter auch der Alt-Bundespräsident Joachim Gauck. Dieser erinnerte in seiner Gedenkrede an den grausamen Umgang der Wehrmacht mit Gefangenen der Roten Armee im Zweiten Weltkrieg und die willkürliche Inhaftierung Deutscher nach 1945. Das Schicksal beider Gruppen habe lange „im Erinnerungsschatten“ in beiden Teilen Deutschlands gelegen. Dort waren von 1939 bis 1945 rund 120.000 Kriegsgefangene der Wehrmacht aus elf Ländern eingesperrt und mussten Zwangsarbeit leisten. Von 1945 bis 1948 waren dort rund 15.000 Deutsche vom Sowjetgeheimdienst NKWD inhaftiert. Erst 1948 – vor 75 Jahren – wurden die Lager endgültig geschlossen. Die AG Fünfeichen wurde nach 1990 gegründet, da deutsche Häftlinge in der DDR-Zeit über ihre Haft nicht reden durften. Neben Ex-Mitgliedern von NS-Organisationen aus Mecklenburg-Vorpommern waren in Fünfeichen nach 1945 auch viele Jugendliche ohne Gerichtsverfahren eingesperrt. Ein Drittel dieser Gefangenen überlebte die Zeit in Fünfeichen oder ihre Deportation nach Sibirien nicht.

Antje Zumdick

„TERMINAL“ Tost?

Der erste Besuch der diesjährigen Gedenkfahrt nach Tost galt am 22.09.23 der Stadt Breslau/Wrocław. Nach einer Stadtführung besuchte die Gruppe den deutschen Generalkonsul Martin Kremer. Der Termin war vom Bundestagsabgeordneten Knut Abraham vermittelt worden. UOKG-Bundesvorsitzender Dieter Dombrowski und Sybille Krägel („Initiativgruppe NKWD-Lager Tost“) sprachen während des Treffens die Schwierigkeit an, dass ein würdevolles Gedenken der Opfer am Ort der Massengräber kaum möglich ist, da dort seit dem Jahr 2012 Kohlen lagerten. Der Generalkonsul erklärte, sich in dieser Angelegenheit für die Gruppe einsetzen zu wollen. Hoffnung machte den beiden Gästen die bevorstehende Wahl und ein möglicher Regierungswechsel in Polen.

In Tost/Toszek entdeckte die Gruppe ein neues Firmenschild am Tor: TERMINAL TOSZEK. Dies schien auf makabre Weise passend zu sein, war hier doch 1945 Endstation für rund 4.500 Häftlinge des NKWD-Lagers. 3.000 von ihnen wurden 1945 in Massengräbern verscharrt, die früher aufgesucht werden konnten.

Dorothea Matheja, Vorsitzende des „Deutschen Freundschaftskreises Tost“ schrieb dazu auf

Sybille Krägel am Tor des ehemaligen Lagers

Facebook: *„Am 23. 09. wurden die zweijährlichen Zeremonien zum Gedenken an die Opfer des NKWD-Lagers/Gefängnisses veranstaltet, das 1945 in einem Spital in Tost/Toszek betrieben wurde. Zu den Gästen zählte neben einer Gruppe von Nachkommen von Haftopfern aus Deutschland der deutsche Konsul in Oppeln/Opole Peter Herr, die SED-Opferbeauftragte Evelyn Zupke, der*

Dorothea Matheja bei der Gedenkfeier

deutsche Honorarkonsul in Gleiwitz/Gliwice Dr. Marcin Tyslik, der Bundesvorsitzende der UOKG Dieter Dombrowski, die Vizepräsidentin des Bundesarchivs Alexandra Titze, der Leiter der Sozial-Kulturgesellschaft der Deutschen der Woiwodschaft Schlesien Martin Lippa, der Leiter des Forschungszentrms der Deutschen Minderheit in Oppeln/Opole Michał Matheja und die Ehrenbürgerin von Tost/Toszek, Sybille Krägel, die seit Jahren die Ankunft von Nachkommen von Opfern in unsere Stadt koordiniert. Die Kommunalregierung wurde durch Bürgermeister Grzegorz Kupczyk und Vizepräsident des Stadtrats Rafał Kucharczyk vertreten.“

Die Gedenkfeier wurde musikalisch von einem Bläserensemble unter der Leitung von Patryk Henkl begleitet. In der Kirche nahm die Gruppe an einen ökumenischen Gottesdienst Teil und lauschte den Klängen des Jugendchors CON COLORE. Zum Abschluss fand auf der Eichendorff-Burg eine Aufführung mit der Jugendschauspielgruppe Tost/Toszek statt. Auf der Rückfahrt besuchte die Gruppe den Ort Kreisau/Krzyżowa und machte sich mit der Geschichte des „Kreisauer Kreises“ vertraut. Diese Widerstandsgruppe gegen das Regime der Nationalsozialisten flog auf und viele der Mitwirkenden wurden zum Tode verurteilt. Die zum UNESCO-Weltkulturerbe gehörende, weltgrößte Fachwerkskirche in Schweidnitz/Świdnica war das letzte Highlight der Fahrt.

Sybille Krägel

Hungerstreik vor 70 Jahren im Frauengefängnis Hoheneck

Im Oktober 1953 traten mutige Frauen im Frauengefängnis Hoheneck im Erzgebirge in einen dreitägigen Hungerstreik. Sie waren aus politischen Gründen von der sowjetischen Militäradministration zu sehr langen Haftstrafen verurteilt worden und forderten nach der Übergabe des Gefängnisses an DDR-Behörden eine Überprüfung ihrer Urteile durch deutsche Gerichte. Zu dieser Zeit befanden sich über 1.000 Frauen in Hoheneck, viele von ihnen verbüßten die Strafen gemeinsam mit ihren im Gefängnis geborenen Kindern. Sie alle litten an den unmenschlichen Haftbedingungen: Kälte, Hunger, unhygienische Zustände und Überbelegung der Zellen waren an der Tagesordnung. Der Streik wurde von den Behörden brutal niedergeschlagen, die Urteile wurden nicht überprüft.

© Frauenforum

Die öffentliche Würdigung und das Gedenken an den außerordentlichen Mut dieser Frauen war der Anlass für das "Forum für politisch verfolgte und inhaftierte Frauen der SBZ/DDR-Diktatur" e. V., in Kooperation mit der KULTURKIRCHE 2025 am 13. Und 14. Oktober in Chemnitz und Hoheneck eine Gedenkveranstaltung durchzuführen. Gefördert wurde das Projekt von der Kulturhauptstadt Chemnitz 2025 und vom Sächsischen Landtag.

Am Freitagabend wurden die Teilnehmenden, darunter viele ehemalige Häftlingsfrauen, im Rahmen einer Festveranstaltung in der Stadt Chemnitz herzlich begrüßt und es ergaben sich erste Gelegenheiten zum gegenseitigen Austausch.

Ein Gedenkgottesdienst in der Stollberger St.-Jacobi-Kirche, musikalisch vom Jubilate Chor begleitet, leitete den Sonnabend ein. Konstanze Helber, Vorsitzende des "Forum für politisch verfolgte und inhaftierte Frauen der SBZ/DDR-Diktatur e. V.", begrüßte die Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus dem gesamten Bundesgebiet.

In seinem Einführungsvortrag "70 Jahre Hungerstreik" erläuterte der Projektleiter der Gedenkstätte Hoheneck, Professor Stefan Appelius, die genauen Zusammenhänge des Geschehenen in all seinen Auswirkungen. Die Zeitzeugin des Hungerstreiks Annemarie Krause berichtete anschließend, wie sich die Gefangenen damals mit Klopfzeichen verständigt haben und wie sie den Streik planten. Schülerinnen und Schüler des Stollberger Carl-von-Bach-Gymnasiums "löcherten" die Zeitzeugin mit vielen persönlichen Fragen.

Die anschließende Führung durch die zukünftige Gedenkstätte vermittelte den fast 100 Teilnehmenden einen nachhaltigen Eindruck der menschenverachtenden Haftbedingungen. Die Jugendlichen wunderten sich darüber, dass sie im Schulunterricht fast nichts über das ehemalige Frauengefängnis erfahren hatten. Leider war kein offizieller Vertreter Stollbergs bei der Gedenkveranstaltung zugegen. Die ehemaligen Häftlingsfrauen würdigten zum Ausklang mit einer Kranzniederlegung am Gedenkstein den Mut der Aufständischen und verbanden ihn mit der Mahnung an zukünftige Generationen, die Menschenrechte nie zu missachten.

Die musikalische Rahmung der Gedenkveranstaltung übernahm die wunderbare ukrainische Cellistin Emilia Viktoria Lomakowa.

Carla Ottmann

UOKG-Verbändetreffen am 17./18. Juni 2023 in Berlin

© Lucas Hütter/UOKG

Rund um den 17. Juni hatten die Mitglieder der UOKG die Gelegenheit an zahlreichen Gedenkveranstaltung zum 70. Jahrestag des Volksaufstandes teilzunehmen. Bereits am 16. Juni waren sie zur Gedenkstunde vor dem Deutschen Bundestag geladen. Der Bundespräsident Dr. Frank Walter Steinmeier betonte in seiner Rede: „Der 17. Juni ist ein Tag des Stolzes auf die Menschen in der damaligen DDR, die gegen die Diktatur aufbegehrten. Ein Tag der Freude über unsere in Freiheit und Vielfalt geeinte Republik, die 1989 Wirklichkeit wurde“. Die Bundestagspräsidentin Bärbel Bas hob hervor, dass bis heute ein zentraler Gedenkort für die Opfer der SED-Diktatur und den Widerstand gegen die kommunistische Gewaltherrschaft fehle. Auf die Errichtung eines solchen Mahnmals hatte sich der Bundestag bereits in der letzten Wahlperiode verständigt, bis zuletzt blieb jedoch die Standortfrage unbeantwortet. Eindringlich appellierte Bas daran, ein gesamtdeutsches, gemeinsames Verständnis der Freiheitskämpfe von 1953 zu entwickeln. Seit der Wiedervereinigung habe man die Chance dazu – „wir sollten diese Chance stärker nutzen“, sagte sie. Im Anschluss an die Ansprache der Bundestagspräsidentin führte Evelyn Zupke, SED-Opferbeauftragten beim Deutschen Bundestag, durch vier Augenzeugenberichte von Siegfried Keil, Helfried Dietrich, Karin Sorger und Frank Nemetz, die einen unmittelbaren Eindruck über die Geschehnisse gaben. Auf die Zeitzeugenberichte folgte ein zeitgenössischer Tonmitschnitt einer Betriebsversammlung des Elektromotorenwerks in Wernigerode am 18. Juni 1953. Die Aufzeichnung der Belegschaftsversammlung im Werk spiegelt die hitzigen Debatten und Emotionen als ein einzigartiges Zeitdokument.

Am 17. Juni schloss sich nach der Kranzniederlegung der Vereinigung der Opfer des Stalinismus am Steinplatz, die zentrale Gedenkveranstaltung der Bundesregierung am Mahnmal für die Opfer des Volksaufstandes auf dem Friedhof Seestraße in Berlin -Wedding an. Zum Schluss trafen sich Mitglieder zu einer Gedenkfeier mit der Kulturstaatsministerin Claudia Roth und dem Berliner Kultursenator Joe Chialo in der Gedenkstätte Hohenschönhausen.

In der abschließenden ordentlichen Mitgliederversammlung der UOKG am 18. Juni folgte ein Tätigkeitsbericht des Bundesvorsitzenden und der Finanzbericht des Schatzmeisters. Im Anschluss hatten die Mitgliedsverbände die Gelegenheit über ihre ehrenamtliche Arbeit zu berichten.

Antje Zumdick

Zwangsarbeit politischer Häftlinge in Strafvollzugseinrichtungen der DDR

Die Aufarbeitung der Zwangsarbeit politischer Häftlinge in der ehemaligen DDR ist für die UOKG zu einer wichtigen Aufgabe geworden. Dabei wird einerseits die Einrichtung eines Entschädigungsfonds für die ehemaligen Zwangsarbeiter und andererseits die Sensibilisierung für die gegenwärtigen politischen Zwangsarbeiter (bspw. Uiguren) angestrebt. Nach der positiven Reaktion des Möbelkonzerns IKEA waren wir guter Hoffnung, dass sich auch andere von der damaligen Zwangsarbeit profitierende Firmen beteiligen würden. Im weiteren Verlauf mussten wir allerdings feststellen, dass diese moralische Bereitschaft von Seiten der Unternehmen nicht bestand und zum Teil belastbare Beweise für deren Beteiligung verlangt wurden. Diese kann nur in kleinteiliger und mühsamer Arbeit durch die Rekonstruktion der Lieferketten vom Gefängnis bis hin zum jeweiligen Endkunden erreicht werden. Im November 2022 konnten wir nach einem Jahr Arbeit die Lieferkette der Praktica Kameras des ehemaligen VEB Pentacon unter Einbeziehung des ehemaligen Zuchthauses in Cottbus rekonstruieren.

Wir konnten in Zusammenarbeit mit dem Team der SED-Opferbeauftragten mediale Aufmerksamkeit für das Thema erreichen und suchten nach weiteren Partnern, die uns bei unserem Lieferketten-Vorhaben unterstützen könnten. Da der Archivzugang im Vergleich zu universitären Institutionen für einen Verein eingeschränkter ist, suchte die UOKG nach einem Partner aus der Wissenschaft. Letztlich initiierte die UOKG Anfang 2023 eine Pilotstudie, die von der Humboldt-Universität zu Berlin unter der Leitung von Prof. Jörg Baberowski durchgeführt wird.

Haftarbeitslager Dessau

Diese Pilotstudie soll zum einen möglichst vollständige und belastbare Lieferketten rekonstruieren und zum anderen die möglichen kausalen Zusammenhänge zwischen den Arbeitsbedingungen und den Gesundheitlichen Folgeschäden darlegen. In Absprache mit der UOKG werden in der Studie Lieferketten rekonstruiert, die verschiedene Arbeitsbereiche der Häftlinge abbilden. So wurde die Elektroindustrie, die Textilindustrie und die Chemische Industrie in den Fokus genommen. Als Ausgangspunkte wurden die Strafvollzugseinrichtungen in Brandenburg, Luckau, Hoheneck, Dessau, Wolfen und Bitterfeld ausgewählt. Für die gesundheitlichen Folgeschäden wurden vorrangig die Schädigungen durch das Einatmen giftiger Dämpfe bei Produktionsprozessen für das Chemische Kombinat Bitterfeld, den VEB Metallwaren und den VEB Sprelacart priorisierend behandelt. Darüber hinaus soll auch die dauerhafte Schädigung des Skelettes durch rücksichtlose Leistungsanforderungen in den Blick genommen werden.

Leider können im Rahmen dieser einjährigen Forschungen nicht alle Tätigkeiten der politischen Zwangsarbeiter im DDR-Strafvollzug abgebildet werden. Der Endbericht zur Pilotstudie ist Anfang nächsten Jahres zu erwarten.

Sandra Czech

Erfolge vor Verfassungsgerichten

Die juristische Beratungsstelle der UOKG unterstützt bundesweit Betroffene von SED-Unrecht bei der Durchsetzung ihrer rechtlichen Ansprüche. Es werden beispielsweise Betroffene beraten, die aus sachfremden Zwecken in (Spezial-)Heime eingewiesen wurden oder rechtsstaatswidrig inhaftiert waren. Aber auch verfolgte Schüler, beruflich Verfolgte und Zersetzungsopfer wenden sich an die Beratungsstelle.

Im Jahr 2023 ist es gelungen, dass Betroffene mit Unterstützung der UOKG-Beratungsstelle vor Verfassungsgerichten erfolgreich waren. In zwei Fällen ging es um die Einweisung in Spezialheime. Das Bundesverfassungsgericht hob mit Beschluss vom 31.07.2023 (Az.: 2 BvR 1014/21) eine Entscheidung des Oberlandesgerichts Dresden auf. Das Oberlandesgericht legte § 10 Abs. 3 Satz 1 StrRehaG, wonach vermutet wird, dass die Einweisung in ein Spezialheim sachfremden Zwecken diente, willkürlich aus. Darin liegt eine Verletzung des Grundrechts aus Art. 3 Abs. 1 GG. Der Betroffene kann nun mit einer Rehabilitierung rechnen. Zudem erklärte der Verfassungsgerichtshof des Landes Berlin einen zurückweisenden Rehabilitierungsbeschluss des Landgerichts Berlin für gegenstandslos und verwies die Sache zurück, vgl. Verfassungsgerichtshof des Landes Berlin, Beschluss vom 15. Februar 2023, Az.: 100/21. Auch hier wurde eine willkürliche Entscheidung in Hinblick auf die Auslegung der Vermutungsregelung festgestellt (Verstoß gegen Art. 10 Abs. 1 der Verfassung von Berlin -VvB-). Ferner erkannte der Verfassungsgerichtshof Berlin in der Abweisung des Zweitantrages eine Verletzung des Rechts auf effektiven Rechtsschutz (Art. 15 Abs. 4 Satz 1 VvB) und auf rechtliches Gehör (Art. 15 Abs. 1 VvB). Der Betroffene wurde mittlerweile vom Landgericht Berlin rehabilitiert. Darüber hinaus war eine Antragstellerin, die für ihren verstorbenen Vater einen Rehabilitierungsantrag stellte, mit einer Verfassungsbeschwerde gegen eine Entscheidung des Rehabilitierungssenates des Kammergerichts (höchste Instanz in Berlin) erfolgreich. Grund: Verletzung des Rechts auf effektiven Rechtsschutz (Art. 15 Abs. 4 Satz 1 VvB) indem sich die Fachgerichte weder mit der Frage beschäftigt haben, was unter haftähnlichen Bedingungen im Sinne des § 2 Abs. 2 StrRehaG zu verstehen ist, noch sich zu einer näheren Aufklärung der konkreten Lebens- und Arbeitsumstände des Betroffenen veranlasst gesehen. Sie haben sich stattdessen für unzuständig erklärt und den Antrag der Beschwerdeführerin überhaupt nicht inhaltlich geprüft und damit den Zugang der Beschwerdeführerin zum Gericht in unzumutbarer, aus Sachgründen nicht mehr zu rechtfertigender Weise erschwert. Der Beschluss des Verfassungsgerichtshofs Berlin vom 23. August 2023 zu Az.: 49/22 kann, wie die beiden anderen Entscheidungen, im Internet im Volltext abgerufen werden. Die erfolgreichen Verfassungsbeschwerden zeigen, dass eine kompetente rechtliche Beratung hilfreich sein kann. Spätestens, wenn Sie auf Schwierigkeiten bei Behörden oder Gerichten in Rehabilitierungsangelegenheiten stoßen, sollten Sie sich um rechtliche Unterstützung bemühen.

Martina Kegel

Neu im Team der UOKG: Peter Keup

Das Team der UOKG wird um den wissenschaftlichen Mitarbeiter und Grundsatzreferenten Peter Keup erweitert. Der gebürtige Radebeuler sah nach dem Ausreiseantrag seiner Eltern in der DDR keine Zukunft für sich und wagte als junger Mann 1981 die Flucht in die Bundesrepublik. Die Staatssicherheit vereitelte den Plan jedoch bereits beim Überqueren der Grenze zur ČSSR. Es folgten Untersuchungshaft, Verurteilung und Strafvollzug in Cottbus. Im März 1982 wurde Peter Keup von der Bundesrepublik freigekauft und konnte sich in Essen als Profitänzer und als Betreiber einer Tanzschule ein neues Leben aufbauen. Im Jahr 2012 beschloss er, sich der Politik- und Geschichtswissenschaft zu widmen. Dem Bachelor in Kulturwissenschaft folgte der Master im Fach „Politisch-historische Studien“. Seit 2019 arbeitet Peter Keup an seiner Doktorarbeit zum Thema „Wie aus Opfern Täter wurden. Die Transformation politischer Häftlinge zu Systemkollaborateuren im DDR-Strafvollzug“

.

Bundesverdienstkreuz am Bande für Dieter Dombrowski

Dieter Dombrowski hat für seine Verdienste das Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland erhalten. Der brandenburgische Ministerpräsident Dietmar Woidke überreichte die Auszeichnung am 14. September 2023 im Namen von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier. 1974 in der DDR wegen „ungesetzlichen Grenzübertritts“ zu vier Jahren Gefängnis verurteilt, saß Dombrowski u.a. 16 Monate im Gefängnis Cottbus. Anschließend reiste er nach West-Berlin aus und engagierte sich fortan für Menschenrechte. Nach dem Fall der Mauer zog er nach Rathenow, wurde Landrat und war 1999 bis 2019 Landtagsabgeordneter. 2007 gründete Dieter Dombrowski mit Mitstreitern den Verein Menschenrechtszentrum Cottbus e. V., um aus dem ehemaligen Zuchthaus Cottbus einen Ort der Demokratie und Aufarbeitung zu schaffen. Seit 2015 ist er zudem Bundesvorsitzender der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft. Er wirkt in Gremien von Gedenkstätten mit und hilft ferner bei der Integration von Geflüchteten.

Antje Zumdick

Mitgliedsverbände der UOKG

Arbeitsgemeinschaft Fünfeichen
Neubrandenburg, Mecklenburg-Vorpommern

Arbeitsgemeinschaft Lager Sachsenhausen 1945-1950 e. V.
Oranienburg, Brandenburg

Aufarbeitungsinitiative Zwangsaussiedlungen (AIZ)
Berlin

Bund der Vertriebenen e. V.
Bonn, Nordrhein-Westfalen

Cottbuser Häftlingsgemeinschaft
Cottbus, Brandeburg

DDR-Museum in Pforzheim
Pforzheim, Baden-Württemberg

Doping-Opfer-Hilfe e. V.
Berlin

Durchgangsheim Kindergefängnis Bad Freienwalde n.e.V.
Fürstenwalde, Brandenburg

Fördergemeinschaft Recht & Eigentum e. V.
Neustadt (Dosse), Brandenburg

Förderverein Gedenkstätte Bautzen e. V.
Bautzen, Sachsen

Forum für politisch verfolgte und inhaftierte Frauen der SBZ/DDR Diktatur e. V.
Berlin

Forum für Aufklärung und Erneuerung e. V.
Berlin

Freiheit e. V.
Erfurt, Thüringen

Gedenk- und Begegnungsstätte ehem. KGB-Gefängnis Potsdam e. V.
Potsdam, Brandenburg

Initiative verfolgter Schüler und Studenten
Berlin

Initiativgruppe Internierungslager Jamlitz e. V.
Lieberose, Brandenburg

Initiativgruppe Internierungslager Ketschendorf e. V.
Fürstenwalde, Brandenburg

Initiativgruppe Lager Mühlberg e. V.
Mühlberg (Elbe), Brandenburg

Initiativgruppe NKWD-Lager TOST/Oberschlesien 1945
Hamburg

Interessengemeinschaft ehemaliger DDR-Flüchtlinge e. V. (IEDF)
Mannheim, Baden-Württemberg

Interessengemeinschaft ehemaliger politischer Brandenburger Häftlinge 1945-1989
Berlin

Interessengemeinschaft zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und ihrer Folgen
Berlin

Interessengemeinschaft Zwangsausgesiedelter Sachsen-Anhalt e. V.
Berlin

Internationale Gemeinschaft für Menschenrechte e. V. (IGFM)
Berlin

Lagergemeinschaft Workuta /GULag Sowjetunion
Berlin

Menschenrechtszentrum Cottbus
Cottbus, Brandenburg

OvZ-DDR e.V. Hilfe für Opfer von DDR-Zwangsadoptionen
Berlin

Pro Universitätskirche e. V. Leipzig
Leipzig, Sachsen

Süddeutscher Freundeskreis Hoheneckerinnen
Rottenburg, Baden-Württemberg

Verband ehemaliger Rostocker Studenten (VERS)
Leinfelden-Echterdingen, Baden-Württemberg

Verband politisch Verfolgter des Kommunismus e. V. (VPVDK) Salzgitter
Salzgitter, Niedersachsen

Verein zur Förderung der Projektwerkstatt „Lindenstraße 54“ e. V., Potsdam
Potsdam, Brandenburg

VOK Deutschland e.V. - Vereinigung der Opfer des Kommunismus
Berlin

VOS Vereinigung der Opfer des Stalinismus e. V.
Berlin

Assoziierte

Ehemalige Politische Häftlinge in der CDU

Ehemalige Politische Häftlinge in der SPD

Impressum

Vorstand

Bundesvorsitzender: Dieter Dombrowski
dombrowski@uokg.de

Stellvertreter: Roland J. Lange
andreas37@uokg.de

Stellvertreterin: Carla Ottmann
ottmann@uokg.de

Ehrenvorsitzende: Horst Schüler (†) , Gerhard Finn (†)

Beisitzer:
Inge Bennewitz
bennewitz@uokg.de

Konstanze Helber
helber@uokg.de

Sybille Krägel
kraegel@uokg.de

Ernst-Otto Schönemann
schoenemann@uokg.de

Regionalbeauftragte

Baden-Württemberg: Konstanze Helber
helber@uokg.de

Bayern: Dr. Michael Gleau
gleau@uokg.de

Niedersachsen:
info@uokg.de

Norddeutschland: Michael M. Schulz
schulz@uokg.de

Nordrhein-Westfalen: Dr. Christian Fuchs
fuchs@uokg.de

Rheinland-Pfalz: Elke Schlegel
schlegel@uokg.de

Südwestdeutschland:
info@uokg.de

Thüringen und Sachsen-Anhalt: Klaus Wolf
wolf@uokg.de

Foto: UOKG

Kontaktdaten

Union der Opferverbände
Kommunistischer Gewaltherrschaft e. V.

Bundesgeschäftsstelle
Ruschestraße 103, Haus 1, 6. Etage
10365 Berlin Lichtenberg
Tel.: 030 55 77 93 51
Fax: 030 55 77 93 40
E-Mail: info@uokg.de

Spendenkonto

Deutsche Bank Berlin
IBAN: DE79 1001 0024 0734 27 28 00
BIC: DEUTDEDBBER
Für: UOKG e. V.

Facebook Youtube uokg.de

Impressum

Newsletter herausgegeben von der Geschäftsstelle der UOKG. Die UOKG informiert damit ihre Mitgliedsverbände und alle interessierten Leserinnen und Leser.

Redaktion: Alesch Mühlbauer
Layout: Alesch Mühlbauer
Redaktionsschluss: 25. Oktober 2023.

Copyright 2023: Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG)